

## Grünes Bündnis und SP für mehr Grün- und Freiflächen

09. Februar 2006

Im Juni haben das Grüne Bündnis und die SP ihre Schlaglichter für die kommende Legislatur bekanntgegeben. Mit dem Ziel, das Wohnen in der Stadt attraktiver zu machen, haben sie unter anderem mehr Grün- und Freiflächen gefordert. Mit vier Vorstössen soll diese Forderung nun konkretisiert werden.

Grün- und Freiflächen sind wichtig für die Wohnqualität für jung und alt. Das Vorhandensein von Erholungs- und Spielmöglichkeiten in der Nachbarschaft ist für die Wahl des Wohnorts namentlich von Eltern von entscheidender Bedeutung.

Das Grüne Bündnis und die SP fordern deshalb, dass noch konsequenter und zielstrebig an der Schaffung oder Aufwertung von Grün- und Freiflächen gearbeitet wird. Der Kanton soll aktiv als Käufer von Parzellen und geeigneten Gebäuden auftreten und diese der Öffentlichkeit zugänglich machen. Wir sehen bereits positive Ansätze, wie etwa im Zusammenhang mit der Wohnüberbauung auf dem ehemaligen Feldschlösschenareal oder dem Falkensteinerpark. In diesem Sinn sollten besonders in eng gebauten Quartieren öffentliche Frei- und Grünflächen entstehen.

Die im Mehrwertabgabefonds vorhandenen Mittel sind längst nicht ausgeschöpft und sollen für die Neuschaffung und Entwicklung von neuen Anlagen verwendet werden. Die SP und das Grüne Bündnis teilen die Meinung der Regierung, dass die gemäss Motion Cramer erfolgte Ausweitung des Fondszweckes nicht auf Kosten neuer Investitionen gehen soll.

- Umgestaltung überdimensionierter Verkehrsflächen zu Grünflächen (Anzug)  
Analog der Nebenfahrbahn zur Peter Rot-Strasse, durch deren Verschmälerung die Grünfläche verbreitert werden konnte, sollen weitere überdimensionierte Strassen zu Grün- oder Freiflächen umgestaltet werden und eventuell auch der Pausenhoferweiterung dienen (Hermann Amstad, SP).
- Aufwertung von Hinterhöfen durch mehr Grünflächen (Anzug)  
Hinterhöfe sollen aufgewertet und wo nötig entkernt werden. Dazu soll ein Programm zur Schaffung von Grünflächen in übernutzten Hinterhöfen geschaffen und für Anreize in Form von Förderbeiträgen für die Grundeigentümer geprüft werden (Ruth Widmer, SP).
- Grünflächenanteil pro Quartier (Anzug)  
Vor Jahren hatte die Regierung das Ziel, dass im jedem Quartier jeder Person 6m<sup>2</sup> Grünfläche zur Verfügung stehen. Dieses Ziel wurde bis heute längst nicht erreicht. Es soll weiterverfolgt und dazu ist ein entsprechendes Grünflächenkonzept erstellt werden (Anita Lachenmeier, Grüne).
- Raschere Umsetzung des Alleenplans (Anzug)  
Dem Alleenplan soll in der politischen Umsetzung mehr Gewicht zugemessen werden. Auch Strassenzüge, bei denen in den nächsten Jahren kein Bauvorhaben geplant ist, sollten berücksichtigt werden (Brigitte Strondl, SP).

Für weitere Informationen stehen ihnen gerne zur Verfügung:

Anita Lachenmeier, 061 681 16 33

Hermann Amstad, 061 302 89 03

Ruth Widmer, 061 383 05 20

Brigitte Strondl, 079 379 63 86

Beat Jans 076 346 86 43